



AFRIKA/TUNESIEN - Erzbischof von Tunis ein Jahr nach der Revolution: „Wenn es keine starken Signale für die Wirtschaft gibt riskieren wir eine neue Krise“

Tunis (Fidesdienst) – „Der durchschnittliche tunesische Bürger wünscht sich zwei Dinge: Sicherheit und Arbeit. Erstere ist heute zwar garantiert, doch fehlt es doch an Arbeitsplätzen“, so Erzbischof Maroun Elias Lahham von Tunis im Gespräch mit dem Fidesdienst zur derzeitigen Situation in Tunesien ein Jahr nach der so genannten „Jasmin-Revolution“, die zum Rücktritt des Präsidenten Ben Ali führte und das Land auf den Weg zur Demokratie brachte.

„Das Problem ist die Wirtschaft. Unter politischen Gesichtspunkten stehen die Dinge gut: die Wahlen verliefen korrekt und wir haben einen neuen Präsidenten, eine neue Regierung und ein neues Parlament. Die Sicherheit ist gewährleistet, aber der wirtschaftliche Aufschwung bleibt aus“, so Erzbischof Lahham.

Abgesehen von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich auf den Mittelmeerraum auswirkt, gibt es insbesondere zwei Gründe für die Schwäche der tunesischen Volkswirtschaft: „An erster Stelle, so der Erzbischof, „ist es nicht einfach, innerhalb eines Jahres einen wirtschaftlichen Aufschwung auf den Weg zu bringen. An zweiter Stelle ist die neue Regierung zwar ehrlich und seriös, doch Wirtschaftsfragen scheinen nicht ihre Stärke zu sein. In der Öffentlichkeit entstehen Zweifel daran, ob diese Regierung überhaupt einen Wirtschaftsplan für das Land hat“.

Erzbischof Lahham betont, dass „die Menschen noch einige Monate geduldig sein werden, doch wenn es keine starken Signale für die Wirtschaft gibt, könnte es erneut zu sozialen Unruhen kommen. Es gibt bereits eine Million Arbeitslose und ihre Zahl steigt.“

Zur Situation im Fremdenverkehrssektor sagt der Erzbischof: „Touristen können beruhigt nach Tunesien kommen, denn die Sicherheit ist gewährleistet. Das Problem ist, dass andere Länder billigere Preise anbieten als wir und die Touristen werden vor allem in solche Länder gehen und nicht zu uns kommen.“ (LM)

(Fidesdienst, 18/01/2012)